



## Niederschrift 37. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 19.01.2023  
**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:30 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 405, Hegelallee, Haus 1

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitz

Herr Tiemo Reimann                      SPD

#### Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller	Sozial.DIE LINKE.Potsdam	
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Matthias Kaiser	CDU	Teilnahme ab 17:00 Uhr
Frau Annina Beck	DIE aNDERE	
Frau Katharina Tietz	DIE aNDERE	
Frau Madeleine Floiger	Freie Demokraten	
Frau Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger	
Frau Cornelia Krönes	anerkannte freie Träger	
Frau Ute Parthum	anerkannter freier Träger	
Frau Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger	

#### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Grit Schkölziger                      SPD

#### beratende Mitglieder

Herr Ron Bulgrin	Jugendvertreter
Herr Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat
Frau Fereshta Hussain	Migrantenbeirat



- 5.1 Bildungsbericht Übergang Schule-Beruf
- 5.2 Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport
- 5.3 Information zur einheitlichen EBO
- 5.4 Vorstellung der Bereichsleiterin Regionale Jugendhilfe
- 6 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 7 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 8.1 Verkürzung der Bearbeitungszeiten bei Einbürgerungsanträgen  
Vorlage: 22/SVV/0795  
Fraktion DIE aNDERE
- 8.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“  
Nummer 14: Dialog mit Schlösserstiftung: Nutzung des Babelsberger Parks  
auch für Naherholung  
Vorlage: 22/SVV/1133  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
- 8.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“  
Nummer 16: Jugend- und Freizeitfläche am Nuthepark / Hauptbahnhof  
finanzieren  
Vorlage: 22/SVV/1135  
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV
- 9 Anträge
- 9.1 Rahmen- und Handlungskonzept zur „Integrationsschulsozialarbeit in der  
Landeshauptstadt Potsdam“ Beschluss  
Vorlage: 22/SVV/1212  
Bodo Ströber  
-Wiedervorlage-
- 10 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

zu 2

**Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung  
vom 24.11.2022**

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **10 von 15** stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig. Seitens der Verwaltung sind beide Fachbereichs-leitenden durch Urlaub und Krankheit abwesend. Das versprochene Neujahrscatering wird aus Kosten- und Personalgründen verschoben.

Herr Reimann beginnt mit Festlegungen zur Tagesordnung. Dabei müssen einige Tagesordnungspunkte ergänzt und neu sortiert werden:

- Frau Hayn kommt mit Informationen neu dazu (wird nach TOP 3 eingefügt)
- 5.1 Bildungsbericht muss verschoben werden, die vortragende Kollegin ist erkrankt
- Zu 8.1 wurde eine Nichtzuständigkeit festgestellt
- Zu 9.1 liegt ein Rederechantrag für Frau Finke-Jetschmanegg vor
- Nichtöffentlicher Teil wird ergänzt
- Klausurtermin muss gefunden werden - nach TOP 3

Diskussion:

Einer Nichtzuständigkeit bzgl. TOP 8.1 wird seitens der einbringenden Fraktion nicht zugestimmt. Es geht um Familien mit Kindern und Jugendlichen sowie jungen Geflüchteten, um deren Wohl sich der JHA Sorgen machen sollte. ABER: Der JHA hat keinen Einfluss auf eine andere Verwaltungsbehörde als auf den Fachbereich 23. Nach einer beginnenden Diskussion, wird ein Verbleiben von 8.1 vorgeschlagen, die Diskussion soll dann dazu fortgeführt werden.

Die o.g. Änderungen der Tagesordnung (aber mit Verbleiben von 8.1) wird zur Abstimmung gegeben. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird das Rederecht zu 9.1 für Frau Finke-Jetschmanegg ebenso einstimmig **angenommen**.

Der Ausschussvorsitzende bittet anschließend um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 24.11.2022.

Es fehlt das Versprechen, dass es im Januar 2023 eine Wiederbefassung zum Kita-Portal geben soll. Dies muss ergänzt werden.

Die so geänderte Fassung wird einstimmig **angenommen**.

Es steht die Wiederbefassung zum Kita-Portal nicht auf der Tagesordnung. Ebenso werden weitere in 2022 für die Januar 2023-Sitzung versprochenen Tagesordnungspunkte vermisst. Die sollte dringend beachtet und kurzfristig nachgeholt werden.

**zu 2.1 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.12.2022**

Die Niederschrift vom 15.12.2022 liegt noch nicht vor und kann daher nicht abgestimmt werden.

**zu 3 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat**

**Zu 3.1 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat**

Herr Bulgrin hat kein Anliegen mitgebracht und der Kreisschülerrat tagt erst am 20.01.2023.

**Zu 3.2 Aktuelles aus dem Fachbereich 33 (Öffentlicher Gesundheitsdienst)**

Frau Hayn informiert, dass gemäß der Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für sozial und gesundheitsfördernde Maßnahmen in der Landeshauptstadt Potsdam für das Jahr 2023, zwei Angebote eine große Schnittmenge zur Jugendhilfe haben:

- a) Fachstelle für seelische Gesundheit für Kinder und Jugendliche und
- b) Lotsen- und Beratungsstelle für psychische Gesundheit in Potsdam.

Mit diesen Angeboten werden lange bekannte Bedarfslücken in der LHP geschlossen. Die Angebote werden zunächst über die Projektförderung bezuschusst.

Es werden Vorstellungen dieser beiden Angebote in allen drei Fach-AGen nach § 78 SGB VIII (HzE, Jugendförderung und Kita) erfolgen.

Der Fachbereich 33 veröffentlicht ein Interessenbekundungsverfahren zur Schaffung einer Fachstelle für Medienkompetenz an Grundschulen. Damit wird das langjährig finanzierte Projekt „reflect“ verstetigt (siehe Maßnahme im 3. Suchtaktionsplan 20/SVV/1262). Der Betrieb ist zunächst vom 01.03.2023 bis 31.12.2025 befristet.

Außerdem wurde digital ein Save the date für das angekündigte Fachgespräch zu „Mental health“ versandt. Interessierte sollten sich den 22.03.2023 im Kalender reservieren. Die Veranstaltung wird von 09:00 bis 15:00 Uhr in der Villa Bergamann stattfinden.

Zum Abschluss verkündet Frau Hayn, dass sie ihr Beschäftigungsverhältnis in der Stadtverwaltung zum Monatsende beendet. Auf Nachfrage ergänzt sie, dass eine Nachfolge noch nicht geklärt sein kann, da jetzt erst ausgeschrieben werden wird. Der JHA wünscht Frau Hayn für ihre weitere Arbeit in der Prävention viel Erfolg und bedauert das Weggehen.

**Zu 3.3 Klausur des JHA**

Herr Reimann schlägt für die JHA-Klausur den 03. März 2023 ab 15:00 Uhr vor. Zuvor wird in der Stadtverordnetenversammlung am 01.03.2023 der

Haushalt eingebracht. Daher ist die zügige anschließende Befassung ein günstiger Zeitpunkt. Vorschlag zur Dauer: bis max. 20:00 Uhr. Also Durchführungsort kann der Treffpunkt Freizeit dienen. Es gibt keine Einwände.

#### **zu 4 Gutachten Elternbeitragsordnung**

##### **zu 4.1 Beauftragung eines Gutachtens bezüglich der Berechnung der fehlerhaften Kita Elternbeiträge in den Jahren 2015 bis 31.07.2018 - Abschluss**

###### **Vorlage: 22/SVV/1218**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport  
Herr Pfeiffer hat darum gebeten, dass Fragen aufgenommen werden. Eine abschließende Befassung kann erst erfolgen, wenn der Rechnungsprüfungsausschuss und der Hauptausschuss sich mit dem Gutachten befasst haben. Das wird in der dritten Lesung mitberücksichtigt werden.  
Es gibt den Wunsch, dass Unterlagen gut gesichert werden und langfristig vorhanden sind, unabhängig vom aktuellen Leitungspersonal.  
Ansonsten werden keine Fragen aufgenommen.

#### **zu 5 Informationen des Jugendamtes**

##### **zu 5.1 Bildungsbericht Übergang Schule-Beruf**

vertagt

##### **zu 5.2 Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport**

Frau Aubel berichtet, dass sie im Personalrat war und die Rufbereitschaft gesichert ist. Es gab verschiedene Belastungsanzeigen und mehrere Vorschläge zur Entlastung, u.a. externe Unterstützung. Es geht mit der Inobhutnahme jedoch um eine hoheitliche Aufgabe, die rechtlich untermauert durch die Verwaltung des Jugendamtes geleistet werden muss. Der Aufbau des Krisenteams braucht noch etwas Zeit.

Die Beigeordnete betont, dass Sie aufgrund ihrer Vita sehr um das Thema Kindeswohl bemüht war. Die Kritik des starken Drucks durch ihr Agieren hat sie angenommen. Es war absehbar, dass die Verfügung von Nacht- und Wochenendbereitschaft nicht auf Freude stoßen würde. Daher sah sie keinen Sinn in langen Diskussionen. Die Kolleg\*innen hätten sich die Mitnahme bei der Konzipierung gewünscht. Fiskalischen Druck gab es nie. Frau Aubel erklärt, dass sie sich sehr gründlich in die Thematik eingearbeitet hatte. Selbstverständlich können die Kolleg\*innen nur gut arbeiten, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Da wichtige Festlegungen fehlten, hat sie mehrere Aufgaben einer Jugendamtsleitung übernehmen müssen. Auch der Ausbau der Personaldecke wurde daher intensiv betrieben. Eine Organisationsuntersuchung zur Feststellung

der notwendigen Personalbemessung wurde durch sie vorbereitet und ist inzwischen gestartet. Dazu werden u.a. Prozesse untersucht und die aktuell notwendige Dauer inkl. Personalbedarfe identifiziert werden. Am Ende soll alles in ein Qualitätshandbuch fließen. Es muss untersucht werden, ob das Wissen ausreichend und zeitgemäß ist und am Ende geht es auch um die Entlastung und Unterstützung der Mitarbeitenden.

Auf Nachfrage ergänzt Frau Aubel, dass der Personaldienstleister „Partner für Deutschland“ für die aktuelle Organisationsuntersuchung bereits für die Stadtverwaltung tätig ist und durch eine In-Haus-Vergabe gefunden wurde. Dazu ist ein guter Gesamtprozess abgestimmt worden. Die Agentur soll den Krisendienst als Teil des Gesamtbereiches ASD etablieren.

### **zu 5.3 Information zur einheitlichen EBO**

-vertagt-

Frau Aubel kann dazu nicht viel sagen, da muss die Fachbereichsleitung und die Bereichsleitung Kita sich positionieren. Sie empfiehlt die Vertagung.

Unter TOP 7 informiert sie zu aktuellen Verabredungen, indem sie aus einem vorliegenden Kurzprotokoll zitiert. (Anlage)

### **zu 5.4 Vorstellung der Bereichsleiterin Regionale Jugendhilfe**

Frau Peters wird vom JHA durch Herrn Reimann herzlich begrüßt. Der JHA wünscht viel Erfolg.

Sie ist seit 01.01.2023 die Bereichsleiterin für die Regionale Jugendhilfe und berichtet, dass sie nach dem Studium in verschiedenen Allgemeinen Sozialdienst-Teams (ASD) gearbeitet hat (in Berlin und München). Anschließend leitete Frau Peters bei einem freiem Träger eine Familienberatungsstelle in Bayern. Sie hat dann ab 2017 in Potsdam-Mittelmark zwei Teams des ASD geleitet. Nun wünschte sie sich eine Veränderung und fand in ihrer Stadt, in der sie wohnt, diese Stelle. Für die Kinder und für gute Rahmenbedingungen im ASD möchte sie sich engagieren.

Es gibt seitens eines Jugendhilfeausschussmitgliedes einige Erwartungen an sie z.B. zu den Erfahrungen hinsichtlich regionalisierter Arbeit. Ansonsten ist man bei dieser Vita sehr froh über ihren Start in Potsdam und wünscht viel Erfolg.

### **zu 6 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung (UA JHP) tagte am Dienstag, den 11.01.2023 mit einer Klausurtagung. Ein Thema war „Zustand und

Arbeitsfähigkeit des Jugendamtes“. Dazu gab es Informationen zur Organisationsuntersuchung der Firma Kienbaum. Es wurden folgende Verabredungen getroffen:

- Ergebnisse, die den Prozess Kienbaum zusammenfassen, werden im Februar im JHA dargestellt (Unterlagen liegen vor, wenn entsprechender Kollege, der den Gesamtordner führt, wieder gesund ist)
- Herr Pfeiffer verspricht, dass im JHA Zwischenstände transparent dargelegt werden (unter „Information der Verwaltung“ soll dieser TOP regelmäßig in den JHA)
- Zeitplan soll im UA bekannt gegeben werden
- Über die Situation inkl. Probleme der Kolleg\*innen im Feld HzE wird im JHA am 19.01.2023 informiert werden

Für die Arbeitsgruppe 2301 stellte Herr Richter THEMEN/Projekte/Konzepte/Prozesse vor, die dort aktuell bearbeitet werden. Mit dem Unterausschuss wurde abgestimmt, wie die Einbeziehung dazu erfolgen kann und soll.

Verabredung:

- Alle Themen, die Jugendhilfeplanungen betreffen, sind im UA JHP zu thematisieren.

#### AG Kita

Frau Frenkler erklärt, dass die AG Kita erst nächste Woche tagt.

#### AG HzE

Die AG HzE tagt im Februar.

#### AG JuFö

Die AG JuFö tagt im März.

### **zu 7 Bericht des Kita-Elternbeirates**

Herr Witzsche erklärt für das Protokoll, dass er einiges zum Thema Kita erwartet hatte. Diese versprochenen Themen sollen bitte im Februar berücksichtigt werden. Das sind das Kita-Portal, die Auswirkungen der Energiekrise, außerdem das Brandenburgpaket zur Elternbeitragsentlastung. Dies stand teilweise für die Januarsitzung in der Planung. Auch auf der LHP-Homepage sollte informiert werden zu neuen Entwicklungen hinsichtlich wichtiger Kita-Themen. Es muss überlegt werden, ob wir uns als LHP diesem Paket zur Elternbeitragsentlastung anschließen sollten.

Dazu wird jedoch ergänzt, dass dies eine Landesfestlegung ist und damit nun auch unsere gesetzliche Grundlage.

Frau Aubel zitiert aus dem Protokoll einer gemeinsamen Sitzung von Verwaltung und AG Kita dazu am 17.01.2023. (vergleiche TOP 5.3)

## zu 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

### zu 8.1 Verkürzung der Bearbeitungszeiten bei Einbürgerungsanträgen

#### **Vorlage: 22/SVV/0795**

Fraktion DIE aNDERE

Frau Beck bringt den Antrag ein. Die Verbindung zum JHA hat mit dem Wohl der Kinder und Jugendlichen zu tun und ihrer Belastung, wenn die Bearbeitungszeit ausufert. Die Einbürgerungsbehörde in Potsdam verlangt den Pass, obwohl das Gesetz dies nicht verlangt. Die Anwendung des Stufenmodells würde die Frist der Bearbeitung enorm verkürzen und die teilweise riskante Rückkehr in das Herkunftsland verhindern. Die Entwürdigung der jungen Menschen durch diese Verfahrensweise sollte zukünftig verhindert werden.

In der Diskussion wird festgestellt:

Grundsätzlich ist die Unterstützung für junge Menschen auch ein Grundanliegen des JHA, aber für die konkrete Umsetzungsforderung ist der JHA nicht zuständig. Es gibt keinen Einfluss des JHA auf die Einbürgerungsbehörde.

Die durch Frau Beck umfänglich dargestellten Problemlagen sind allerdings nicht Bestandteil des Antrages. Es wird vorgeschlagen, den Antrag dahingehend zu qualifizieren.

Der JHA kann nur sagen „mit Sorge nehmen wir zur Kenntnis, dass es jungen Menschen hier nicht gut geht.“ Es gibt Unverständnis, warum es auf der Tagesordnung des JHA steht. Dies hatte eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung so bevolet.

Frau Beck möchte dennoch eine Abstimmung dazu.

Aus Verwaltungssicht wird betont, dass eine Zustimmung zur Unterstützung hilfreich sein kann. Es werden durch Mitglieder des JHA aus der Praxis Fallbespiele dargelegt, die die oft schwierigen Situationen der betroffenen Menschen untermauern.

Der qualitative Umgang mit den Menschen sollte den JHA durchaus interessieren und das kann ein Thema für ihn sein. Dies ist auch nicht ganz neu und man könnte die neue Leitung der Einbürgerungsbehörde in den JHA einladen. Es wird vorgeschlagen, den Antrag zurückzustellen.

Herr Reimann stellt die Zurückstellung zur Abstimmung.

#### **Abstimmung:**

Zustimmungen: 8

Ablehnungen: 2

Enthaltungen: 4

Damit ist die Zurückstellung des Antrages mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

Frau Beck hätte sich mehr Unterstützung gewünscht. Die Ausländerbehörde entwickelt sich gerade, das wäre auch für die Einwanderungsbehörde gut. Einige Mitglieder untermauern, dass sie durchaus dieses Thema unterstützen, aber der Antrag sollte qualifiziert werden. Für den JHA muss es eine deutliche Rolle spielen.

PAUSE 17:53 bis 18:05 Uhr

**zu 8.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ Nummer 14: Dialog mit Schlösserstiftung: Nutzung des Babelsberger Parks auch für Naherholung  
Vorlage: 22/SVV/1133**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV

Es gibt keinen Redebedarf.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Potsdam wirkt im Dialog mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten darauf hin, dass im Park Babelsberg Flächen von den Anwohnerinnen und Anwohnern zur Naherholung genutzt werden dürfen. Hierbei können konkrete Angebote unterbreitet werden, bspw. bei der Reinigung oder Grünpflege der Parks unterstützen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>12</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Es gibt anschließend seitens eines beratenden Mitgliedes Unklarheiten, warum hier nicht darauf hingewiesen wurde, dass es nicht nur um Kinder und Jugendliche geht, wie es beim vorherigen Antrag der Fall war. Dazu kann man ggf. grundsätzlich diskutieren in der Klausur.

Die schnelle Zustimmung fußt auf mehreren Befassungen im Vorfeld zu dieser Thematik. Der fehlende Platz im öffentlichen Raum ist immer wieder auf der Tagesordnung gewesen.

**zu 8.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2023/24 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ Nummer 16: Jugend- und Freizeitfläche am Nuthepark / Hauptbahnhof finanzieren**

**Vorlage: 22/SVV/1135**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der StVV

Herr Reimann erklärt, dass es bereits eingestellte Mittel dazu gibt. Es wurde außerdem dazu ein Beteiligungsprozess mit jungen Menschen durchgeführt. Am Ende gab es aber den Hinweis, dass Geld für die Umsetzung fehlt. Mehrere

Mitglieder formulieren ihre Unterstützung für diese Entwicklung.  
Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Am oberen Teil des Nutheparks zwischen Hauptbahnhof, Langer Brücke und Havel soll eine neue Jugend- und Freizeitfläche entstehen. Da bisher nur ein kleiner Teil der Finanzierung für den Bau und Gestaltung der Fläche gesichert ist, stellt die Landeshauptstadt Potsdam ausreichend finanzielle Mittel zur Gesamtfinanzierung bereit.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**.

## **zu 9        Anträge**

### **zu 9.1      Rahmen- und Handlungskonzept zur „Integrationsschulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam“ Beschluss Vorlage: 22/SVV/1212**

Bodo Ströber  
-Wiedervorlage-

Herr Reimann erklärt, dass die Vorlage von sehr guter Qualität ist.

Herr Ströber erläutert, dass die Träger Paragraf 13 e.V. und SPI bereits Stellen in diesem Feld haben, deren Finanzierung die Verwaltung gesichert hat.

Frau Finke-Jetschmanegg hat Rederecht und spricht sowohl als Unterausschussmitglied und als Trägervertreterin. Es geht mit dem Antrag aber nicht nur um 4 Personalstellen, sondern um einen Gesamtprozess mit konzeptioneller Grundlage, der ein Votum benötigt. Dies ist auch erforderlich, um auch Mittel aus dem Integrationsbudget erhalten zu können. Weiterhin legt sie dar, dass es vor allem um die finanzielle Absicherung geht. Neben der Fachkräftesicherung ist auch der geplante Zustrom weiterer Flüchtender damit berücksichtigt.

Grundsätzlich soll auch eine Verstetigung mit dem Antrag erreicht werden. Das Integrationsbudget ist in der Federführung des FB 39. Die Landesrichtlinie ist immer jährlich befristet, aber eine Fortführung ist angezeigt.

Herr Reimann stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

Das Rahmen- und Handlungskonzept zur „Integrationsschulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam“ vom März 2022 als Teilkonzept des Handlungskonzeptes Schulsozialarbeit von 2015 einschließlich der dafür notwendigen finanziellen Mittel.

Die konkrete Umsetzung erfolgt auf Basis des fachlichen Votums der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe. Dieses Votum enthält die Benennung von Schulstandorten, an denen Integrationsschulsozialarbeit etabliert wird, Aussagen zur Etablierung des schulübergreifend tätigen, mobilen Unterstützungs- und Beratungssystems sowie zum zeitlichen Prozess der Umsetzung.

Die Verwaltung wird beauftragt, über die bisherigen vier Schuleinsatzstandorte hinaus, die weiteren Umsetzungsmöglichkeiten des Votums der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe zu prüfen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**.

## **zu 10      Sonstiges**

Herr Reimann verabschiedet Frau Aubel und resümiert, dass sie sich mit sehr unliebsamen Themen auseinandersetzen musste und sich immer stark gemacht für Kinder und Jugendliche. Er bedankt sich im Namen des JHA mit einem Blumenstrauß.

Frau Aubel bedankt sich für die Kooperation und wünscht für die Zukunft spürbarere Wirkungen bei den Zielgruppen. Gute und nachhaltige Änderungen bei den Unterstützungsbedürftigen sollten unbedingt erreicht werden.